

WIR HALTEN SIE AUF DEM LAUFENDEN

Rundbrief für Ronnenberg



Grüner Erfolg für Ronnenberger Rad- und Gehwege

Grüne Anträge zu wichtigen Investitionen für den Fahrradverkehr in Ronnenberg erhalten eine Mehrheit im Stadtrat:

1. 127.000 Euro mehr für die Sanierung von Geh- und Radwegen bis 2022
2. Erfolgreich waren wir auch mit dem Antrag, die Sanierung des Radweges zwischen Ronnenberg und Gehrden im Maßnahmeplan vorzuziehen auf 2020. Möglich wurde dann sogar noch 2019!
3. Der Gehweg in der Barbarastraße in Empelde wird nun 2019 saniert, ebenfalls aufgrund eines Grünen Antrages.



FOTO: ANDREAS BEICHLER

Noch 2019 wird dieser Radweg zwischen Ronnenberg und Gehrden saniert.

Drittkräfte in Ronnenberger Kitas – Grüner Einsatz hat sich gelohnt



FOTO: JÖRG RUTZEN

In allen Kitas Ronnenbergs sorgt die 3. Kraft in den Kitagruppen für eine spürbare Qualitätssteigerung.

Bei ihren Beratungen zum Haushaltsentwurf 2019 der Stadt Ronnenberg haben sich die Grünen für **zusätzliche 400.000 Euro** ausgesprochen. Hiermit sollte der Personalschlüssel je Kind, also die Qualität der Betreuung verbessert werden.

GRÜNE hatten sich bereits im Landtag, leider vergeblich, für den Vorrang der Qualitätsverbesserung vor der Gebührenbefreiung eingesetzt.

Der Rat der Stadt Ronnenberg hat nun die Einführung einer Drittkraft für jede Kindergartengruppe beschlossen. Damit investiert Ronnenberg weitere knapp 400.000 Euro über das gesetzliche Minimum hinaus **als freiwillige Leistung** in die Qualität der Kindererziehung. **Durch diese Maßnahme erhöht sich zudem die Attraktivität der Kita-Arbeitsplätze, was angesichts unbesetzter Stellen wegen des massiven Fachkräftemangels in diesem Bereich nötig ist.**

Diskussion um Klimawandel: Warum sind uns unsere Kinder nicht wichtig?



Unsere Kinder haben jedes Recht, uns zum sofortigen Handeln aufzufordern, denn es ihre Zukunft, um die es geht!

Überall auf der Welt gehen Kinder und Jugendliche für ihre Zukunft auf die Straße, um gegen die Zerstörung der Umwelt durch den vom Menschen verursachten Klimawandel zu mobilisieren.

Der Kognitionspsychologe Christian Stöcker beschreibt folgende Geschichte, die unseren Umgang mit unseren Kindern beschreibt.

»Bitte stellen Sie sich folgende Situation vor: Sie und Ihr Partner haben ein Kind im Grundschulalter. Es leidet an einer seltenen Erbkrankheit. Ab spätestens seinem 18. Lebensjahr wird es immer stärkere Schmerzen und andere Qualen erleiden. Seine Lebenserwartung ist drastisch verkürzt. Es gibt eine Therapie, die den Ausbruch der Krankheit möglicherweise verhindern könnte. Diese Therapie ist aber teuer und wird, weil sie noch experimentell ist, nicht von der Krankenkasse bezahlt. Um sie finanzieren zu können, müssten Sie sich finanziell einschränken. Sie müssten etwa Ihr Auto verkaufen und könnten erst einmal keine Auslandsreisen mehr unternehmen.

Würden Sie Ihrem Kind erklären, Sie hätten das mal durchgerechnet, das sei einfach zu viel verlangt?

Würden Sie ihm sagen, dass Ihnen die Nützlichkeit und die sinnliche Erfahrung des Autofahrens, die jährliche Fernreise einfach wichtiger sind als sein Wohlergehen? Dass es sich nicht so haben sollte, man wisse ja sowieso nicht so genau, wie schlimm die Schmerzen einmal sein würden und wie viel früher es sterben

werde? Das könne man ja auch erst einmal abwarten? Würden Sie es, wenn es protestiert, verzogen und selbstsüchtig nennen?» (Spiegel 31/3/2019)

Wir stehen am Scheitelpunkt. Nach Meinung der Klimaforscher muss sich in den nächsten 11 Jahren etwas Entscheidendes ändern, sonst wird es vermehrt Regionen geben, wo Menschen und Tiere nicht mehr leben können, wo das Eis weiter an den Polen schmelzen wird und Städte wie Hamburg und New York überschwemmt werden. Dürre und andere Katastrophen werden dazu führen, dass Millionen Flüchtlinge ihre Heimat verlassen und neue Regionen zum Überleben suchen müssen.

All dies und noch viel mehr scheint uns so unvorstellbar und macht es uns wohl auch so schwer, etwas dagegen zu tun, da wir es nicht konkret sehen. Wenn wir es sehen, wird es allerdings zu spät sein.

Diese Szenarien drohen unseren Kindern. Und wir machen uns Gedanken über die Schulpflicht oder ob wir die nächste Flugreise irgendwo noch billiger bekommen.

Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sie brauchen auch eine.

Jörg Rutzen, Vorstand,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ronnenberg



Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) abschaffen

Grüne halten die STRABS für ungerecht.

- Die Straßensanierungskosten werden zu einem großen Teil nur auf die unmittelbaren Anlieger umlegt. Bei überwiegend Anliegerstraßen sind das 60 % der Gesamtkosten.
- Die Straßen gehören der Stadt. Ihr Unterhalt gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge, wie Kindergärten und Schulen.
- Straßen werden fast überall von der Allgemeinheit genutzt, daher sind Instandsetzungen auch durch die Allgemeinheit, also durch Steuern, zu finanzieren.
- Eine Steuerfinanzierung berücksichtigt die persönliche Leistungsfähigkeit besser als die STRABS.
- Die Anlieger haben keinen Einfluss auf den aktuellen Zustand ihrer Straße, die Sanierung und die Heranziehung an die Kosten ist daher unkalkulierbar.

- Autobahnen und Landes- bzw. Regionsstraßen werden ja auch zu 100 % von den jeweiligen Eigentümern durch Steuern finanziert und nicht durch die Anlieger.
- Die STRABS verhindert ggf. aus Angst der Politiker vor einer Gebührenerhebung eventuell sinnvolle Grundsanierungen von Straßen.

Ronnenberg könnte jetzt die STRABS abschaffen und künftigen Ärger vermeiden, da die aktuellen und absehbaren Sanierungen wegen lediglicher Asphaltenerneuerung ohne Beiträge erfolgen und aktuell keine Steuern dafür erhöht werden müssten.



Leider fanden Grüne keine Mehrheit im Ronnenberger Rat für die Abschaffung der STRABS.

Klimaschutz in Ronnenberg

GRÜNE Forderungen für unsere Stadt

- Neubauten nur noch als Plusenergiehäuser
- Fotovoltaik auf alle geeigneten Dächer
- Investitionen in Stromspeicher
- Solarwärmenutzung bei Neubauten
- Repowering bei den Ronnenberger Windrädern
- Energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude
- Ladesäulen für E-Autos und E-Bikes
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
- weniger KFZ Stellplätze in Neubaugebieten
- Verbesserungen für die Sicherheit der Radfahrer
- schnellere Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED
- Verpachtung städtischer landwirtschaftlicher Flächen nur für klimaschonenden Anbau

Widerstand ist ungebrochen

Die Reaktion des Herrn Entrup auf die Ratsresolution, an den Planungen einer Haldenabdeckung in Ronnenberg festhalten zu wollen, zeugt von einer hohen Ignoranz. Die Sachargumente gegen eine Abdeckung der Kalihalde in Ronnenberg sind überzeugend und werden neben der Bevölkerung auch von allen Politikern vor Ort geteilt. Auch eine große Mehrheit der Regionspolitik aus Grünen, SPD und CDU schließt sich dem Widerstand an. Die Grünen haben am 25. April 2019 vor dem Gebäude der Firma Menke mitdemonstriert und so mit den vielen anderen Ronnenberger Bürgerinnen und Bürgern ein weiteres starkes Zeichen des Widerstands gegen die Bauschuttdeponie gesetzt.

Weitere Infos unter: <https://t1p.de/rwmf>

Gerne würden wir mit Ihnen Ihr Anliegen rund um die Stadt Ronnenberg diskutieren und/oder uns um Ihre Hinweise kümmern. Schreiben Sie uns eine Mail!

Treten Sie mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Ronnenberg in einen Dialog.

**WIR WOLLEN ES
WISSEN!**

**ODER TRETEN SIE
DOCH GLEICH EIN!**



So erreichen Sie die Grüne Ratsfraktion:

Jens Williges: jens.williges@gruene-ronnenberg.de
Andreas Beichler: andreas.beichler@gruene-ronnenberg.de
Uwe Buntrock: uwe.buntrock@gruene-ronnenberg.de
Michael Kühn: michael.kuehn@gruene-ronnenberg.de
Dorthea Pein: d.pein@htp-tel.de

So erreichen Sie den Vorstand des Grünen Ortsverbandes:

Jörg Rutzen: joerg.rutzen@gruene-ronnenberg.de
Regina Lupp: regina.lupp@htp-tel.de
Christine Tröster-Rutzen: christine.troester-rutzen@gruene-ronnenberg.de
Dieter Albrecht: dieter.albrecht@gruene-ronnenberg.de
Jochem Ueckert: jochem.ueckert@gruene-ronnenberg.de

Busanbindung in Benthe

Wir erinnern uns: Mehr als 200 Menschen setzen am 17. Februar 2018 mit einer Menschenkette ein Zeichen. Rettet die Buslinie 510 von Empelde nach Benthe. Ein Jahr später: Am 18. Februar 2019 versammeln sich mehr als 70 Menschen im Café Benthe Mitte und hören, was Ulf-Birger Franz, Verkehrsdezernent der Region Hannover und seine Verkehrsplanerin Susanne Koch nun planen. Swantje Michaelsen, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen Regionsfraktion ergänzt oder setzt grüne Forderungen für mehr Ausbau des Umweltverbundes von Fahrrad und öffentlichen Personennahverkehr dagegen. Nur wenn wir das Auto stehen lassen und uns umweltfreundlicher bewegen, können wir die Klimaziele im Verkehr erreichen. Dazu brauchen wir eine Verkehrswende! Und zwar jetzt!

Was soll zum Fahrplanwechsel ab 15. Dezember 2019 kommen?

Vorweg, es kommt nicht so schlimm wie geplant. Der Einsatz für gute Busverbindungen in Benthe hat sich gelohnt. Die Menschenkette hat gewirkt. Danke an alle, die mitgemacht haben.

Unsere **Forderungen** und was daraus wird:

Aktuellen qualitativen ÖPNV-Standard als Mindeststandard erhalten!

Das Angebot verschlechtert sich. Es kommt zu Kürzungen. Statt drei Verbindungen in der Stunde gibt es nur noch zwei. Alle Busse der Linie 560/561 fahren über Benthe und ersetzen die entfallende Linie 510 bis Empelde Schleife.

(Siehe Referenzfahrplan unten)

Die Regionsverwaltung strebt mit Linientaxi oder ähnlichen Angeboten eine bessere Qualität für Schwachlastzeiten an.

Parallelfahrten vermeiden!

Es gibt zukünftig keine Parallelfahrten zwischen den Linien 510 und 560.

Verlängerung der Buslinien vermeiden!

Die Verlängerung wird mit all den negativen Nebenwirkungen (z.B. Verspätungen) erfolgen. Die Linien 560/561



werden in Empelde zur Linie 510 und umgekehrt.

Schwachlastzeiten nicht ausdünnen!

Der aktuell letzte Bus Mo - Do von Empelde Richtung Benthe soll entfallen. Die Verwaltung will noch einmal prüfen.

Schüler*innenverkehr nicht einschränken!

Bleibt unverändert.

Übergangszeit zur Stadtbahn bzw. zum Bus ausreichend einplanen!

Die Übergangszeit in Empelde soll in beiden Richtungen mindestens 5 Minuten betragen.

Derzeit sind es meist nur 3 Minuten. Bei Anschlussverlust ist ab 60 Minuten Wartezeit die Benutzung eines Taxis auf Kosten des Verkehrsunternehmens oder des GVH möglich (Pünktlichkeitsgarantie). Die Verwaltung versucht, eine Beeinflussung der Ampeln zur B 65 für RegioBus zu erreichen.

Anbindung der Buslinien an S-Bahn Empelde verbessern!

Eine Anschlussmöglichkeit wird versucht. Eine klare Aussage steht noch aus.

Anbindung an alle Ortsteile beibehalten (inkl. Rathaus Hansastr.)!

Die Bedienung erfolgt weiterhin.

Qualitätsschwankungen zwischen RegioBus und den Auftragsunternehmen abbauen!

Kein Ausstieg aus den Bussen von Auftragsunternehmen in Empelde bei Änderung der Linienbezeichnung von 560/561 zu 510.

Kontaktaufnahme der Auftragsunternehmen mit Leitstelle optimieren!

Verwaltung wird auf RegioBus entsprechend einwirken.

Fahrpläne im Internet und auf Apps vervollständigen und handhabbarer machen!

Verbesserung ist innerhalb dieses Jahres in Vorbereitung.

Über App und Internet kurzfristig auf Störungen reagieren!

Verbesserung ist innerhalb dieses Jahres in Vorbereitung.

Am 2. Juli entscheidet die Regionsversammlung abschließend die Veränderungen im Busverkehr bei RegioBus. Die Grüne Regionsfraktion wird sich für weitere Verbesserungen einsetzen.

Ulrich Schmiersow,
stellv. Fraktionsvorsitzender
der Grünen Regionsfraktion



Busanbindung in Benthe zum Fahrplan 2020					
- Referenzfahrplan 2020 (Stand Frühjahr 2018)					
Beispiel Haltestelle Benthe, Am Steinweg					
		Zeitbereiche			
Mo - Fr	Richtung Empelde		4:30 – 19:30 30-Min.-Takt	19:30 – 23:30 60-Min.-Takt	
	Richtung Barsinghsn.		5:30 – 20:30 30-Min.-Takt	20:30 – 23:30 60-Min.-Takt	Nachtverkehr Fr 0:30
Sa	Richtung Empelde		5:30 - 22:30 60-Min.-Takt		Spätfahrt ca. 0:00
	Richtung Barsinghsn.		6:30 - 0:30 60-Min.-Takt		
So	Richtung Empelde	Frühfahrt ca. 6:30	8:30 - 22:30 60-Min.-Takt		
	Richtung Barsinghsn.		8:30 - 21:30 60-Min.-Takt		Spätfahrt ca. 23:30

QUELLE: REGION HANNOVER/FACHBEREICH VERKEHR

Der Verlust der biologischen Vielfalt geht uns alle an

Die Diskussionen um die Bedeutung der Biodiversität (biologische Vielfalt) haben inzwischen die selbe Bedeutung erlangt wie um den weltweiten Klimawandel. Doch was verbirgt sich hinter dem Begriff Biodiversität und warum ist er für uns Menschen so wichtig? Und warum sollten wir uns alle vor dem Hintergrund der aktuellen Daten über den weiter fortschreitenden Verlust an Biodiversität die Frage stellen: Was kann jeder einzelne von uns tun, um diese dramatische Entwicklung zu stoppen?

Der bestehende Trend beim Verlust der biologischen Vielfalt wurde im letzten Jahr durch die »Krefelder Studie« (Entomologischer Verein Krefeld) mit dramatischen Fakten untermauert. Die Ergebnisse weisen einen starken Rückgang der Biomasse fliegender Insekten in Naturschutzgebieten aus. Sie belegen einen Rückgang der Biomasse der Fluginsekten in

Deutschland in den letzten 27 Jahren um mehr als 75%. Die Studie ist aktuell die beste Datengrundlage, auf die wir in Deutschland zurückgreifen können. Sie stellt eine dramatische Entwicklung dar, die uns alle betrifft. Warum? Gerade die Insekten haben als Bestäuber oder auch als Nahrung für größere Tiere eine hohe Bedeutung. Das Bestäubungspotenzial von Insekten wurde in den zurückliegenden Jahren von zahlreichen Wissenschaftlern bewertet. So schätzt man den Wert der Bestäubungsleistung von Bienen weltweit zwischen 100 und 200 Milliarden Euro pro Jahr.

Doch nicht nur Wildbienen leisten bei der Bestäubung einen für uns lebenswichtigen Beitrag, sondern auch viele andere Insekten. So wurde in einer Studie anhand von 17 verschiedenen Nutzpflanzen wie Zwiebeln, Äpfel, Sonnenblumen, Kirschen, Erdbeeren

BIODIVERSITÄT – DEFINITION

Im Jahre 1992 wurde in Rio de Janeiro auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und nachhaltige Entwicklung (UNCED) das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) beschlossen, um dem Trend der Abnahme an biologischer Vielfalt entgegenzuwirken.

Der Begriff Biodiversität wurde im Artikel 2 der CBD definiert und beschreibt die biologische Vielfalt auf unterschiedlichen Ebenen:

1. genetische Variabilität innerhalb einer Art z. B. Honigbiene

2. Mannigfaltigkeit der Arten (Artenvielfalt) z. B. Hummeln, Bienen, Wespen, ...

3. Vielfalt von Ökosystemen z. B. Wald, Wiese, See, Meer

Die Biodiversität spiegelt damit die Variabilität der lebenden Organismen jeglicher Herkunft (inkl. Land-, Meeres- und sonstige aquatische Ökosysteme) wider.

Inzwischen sind mehr als 193 Vertragsparteien, darunter Deutschland, diesem internationalen Naturschutzabkommen beigetreten.

→ untersucht, welchen Beitrag andere Insekten (Fliegen, Käfer, Schmetterlinge oder Ameisen) an der Bestäubung haben können. Das Ergebnis: Je nach Pflanze leisten diese einen Beitrag zwischen 25 und 50%.

Diese wenigen Zahlen zeigen eindrucksvoll, dass wir als Menschen auf unsere kleinen Helfer angewiesen sind, um auch in Zukunft Lebensmittel »frei Haus durch die Natur« geliefert zu bekommen.

Doch was kann jeder von uns leisten, um unsere kleinen fleißigen Helfer zu schützen und sie damit bei ihrer Arbeit für uns zu unterstützen? Generell sollte im heimischen Garten auf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und auf Pflanzen mit gefüllten Blüten verzichtet werden. Sie sind für Insekten nutzlos, da sie keinen Nektar und Pollen liefern.

Bei der **Anlage von Staudenbeeten** gilt es, generell die Blütezeiten der verschiedenen Pflanzenarten zu berücksichtigen, um im Zeitraum von März bis Oktober den Insekten Nahrung anbieten zu können. Es sind heimische Wildstauden aus regionalen/lokalen Saatgutmischungen aus Wildstaudengärtnereien zu empfehlen. Bei den Gehölzen kann man durch Holunder, Himbeere, Pfaffenhütchen, Weißdorn und Wildrosen insbesondere den Hummeln Nahrung bieten. Die bei uns vorkommenden Insekten sind auf heimische Pflanzen angewiesen.



FOTO: RUTH WENZEL

Artenreiche Wildblumenwiesen wie diese, mit ihrer kräuterreichen Vielfalt, werden immer seltener.

Die **Kräuter- und Gemüsepflanzen** kann man über den Herbst hinaus ausblühen lassen, so dass sie dann noch als Nahrungsangebot dienen. Darüber hinaus sollten nicht alle verblühten Pflanzenstängel abgeschnitten werden, da sie von einigen Käfern oder Bienenarten als Nist- oder Schlafplatz genutzt werden.

Bei der Anlage von **Wildblumenwiesen** ist ebenfalls auf die Verwendung von regionalen Saatgutmischungen zu achten, um ein breites Nahrungsspektrum anzubieten. Die Wiese sollte maximal zwei Mal im Jahr gemäht werden, wenn ein Teil der Pflanzen ausgeblüht ist.

Auch ein bunter Rasen mit Löwenzahn und Gänseblümchen hat einen Wert für die biologische Vielfalt.

Mit Felssteinen und Totholzstapeln können **Brutplätze** für Wildbienen und Bauten für Hummeln geschaffen werden. Darüber hinaus bieten kleinere verwilderte Stellen im Garten mit Brennesseln und Disteln Lebensräume für verschiedene Schmetterlingsraupen. Hierfür sind auch heimische Sträucher und Bäume wichtig, da

sie Nahrung, Rastplatz und Schutz vor Witterung bieten.

Neben Brutplätzen und Nektarquellen benötigen die Raupen der Schmetterlinge **andere Futterquellen**. Ihnen dienen die Blätter einheimischer Pflanzen wie Wilde Möhre oder Weißdorn als Nahrungsgrundlage.

Einige Schmetterlinge benötigen **Überwinterungsplätze**, d. h. deren Puppen überdauern die kalte Jahreszeit an Zweigen oder in Blättern. Deshalb sollte nicht das gesamte Laub im Herbst entfernt werden und auch Reisighaufen können hier eine wertvolle Hilfe sein. Ebenso stellt Fallobst für einige Schmetterlinge eine wichtige Nahrungsquelle dar.

Michael Below,
Arbeitskreis Benthe



Politische Meinungsbildung – nicht gemeinnützig?

Das Attac-Netzwerk mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern wird getragen von Frauen und Männern, die aus außerparlamentarischer Sicht politische Vorgänge beurteilen. »Attac setzt sich ein für ihre Überzeugung, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, die Förderung von Selbstbestimmung und Demokratie und der Schutz der Umwelt die vorrangigen Ziele der Politik und Wirtschaft sein sollten.« Attac nimmt durch Petitionen und Unterschriftensammlung von Internetbenutzern Einfluss auf Entscheidungsträger – d. h. auf Minister, Regierung, Abgeordnete und Wirtschaftsunternehmen.

Im Rahmen der zunehmenden Informationsverbreitung durch das Internet kann ein erheblicher Teil unserer Zivilgesellschaft zur politischen Meinungsbildung angeregt werden. Das scheint nun für die politisch und wirtschaftlich Entscheidenden ein »Dorn im Auge« zu sein. Wie anders lässt es sich erklären, dass auf Weisung des Bundesfinanzhofes (BFH) eine Entscheidung des hessischen Finanzgerichtes, Attac sei gemeinnützig, weitgehend aufgehoben und an das hessische Finanzgericht zurückverwiesen wurde. Der BFH stellt u. a. fest, »dass die Einflussnahme auf die politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung ... keinen gemeinnützigen Zweck erfüllt.«

Wenn sich zivilrechtliche Organisationen künftig zu Themen wie Steuerflucht, Bedrohung der Demokratie durch Rechtspopulisten oder Handelsabkommen

äußern, gefährden sie ihre Gemeinnützigkeit und damit ihre Existenz.

Da die Arbeitsfähigkeit von Attac sehr stark von Zuwendungen und Spenden abhängig ist – Spender können ihre Beiträge steuerlich anrechnen – ist die Gemeinnützigkeit für Attac ähnlich wie für den BUND, für Gewerkschaften und die Umwelthilfe die Grundlage für Unabhängigkeit und Existenz.

Wenn auf Veranlassung eines höchsten unabhängigen Fachgerichtes, das dem Bundesministerium der Justiz unterstellt ist, diese Informationsquellen durch solche Maßnahmen angegriffen werden, dann ist das mehr als bedenklich.

Wir, die Gesellschaft, sollten im Hinblick auf die Erhaltung der Meinungsfreiheit diese Entscheidung des BFH nicht widerspruchlos hinnehmen und Partei ergreifen.

Sven Christian Kindler – Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN – fordert in diesem Zusammenhang: »Die Zivilgesellschaft soll sich in die Politik einmischen und nicht zum Schweigen verdonnert sein. Wir sind nicht in Ungarn!«

(Zitat aus dem Göttinger Tageblatt vom 01.03.2019)

Hans-Jürgen Pein,
Grüne Ronnenberg



Plastikmüll – Weiter so, geht nicht

Plastik verrottet nicht, sondern es zerfällt in immer kleinere Teile. Ist es einmal in der Umwelt, wird man es nicht mehr los. Daher bleibt es auf unvorstellbar lange Zeit eine Gefahr – vor allem für die Lebewesen in unseren Ozeanen, die das Plastik und vor allem das Mikroplastik verschlucken: Das führt dazu, dass vor allem große Tiere wegen des Plastikmülls in ihrem Magen verhungern. Seevögel strangulieren sich, weil sie sich Nester aus Plastikfäden bauen. In den Weltmeeren schwimmen Plastikteppiche von unvorstellbarer Größe.

Wo stehen wir?

Es gibt unterschiedliche Angaben zum Pro-Kopf-Verbrauch von Plastik in Deutschland, die Zahlen bewegen sich zwischen 140 kg und 220 kg. Das heißt in jedem Fall, dass Deutschland hierzu eine Spitzenposition in Europa einnimmt.

Plastik ist grundsätzlich nicht giftig, hat aber die unangenehme Eigenschaft, dass sich Gifte gerne an ihm anhaften. Stichworte sind hier sogenannte POPs (persistente organische Schadstoffe) und PBTs (persistente bioakkumulative toxische Substanzen) wie Dioxine, chlororganische Pestizide und Nonylphenol. Auch Schwermetalle wie Blei und Nickel heften sich im Meer an Plastikteile an.

Meerestiere verschlucken dieses Plastik und damit landet es mit diesen Giftstoffen im Nahrungsmittelkreislauf. Um die Größenordnung darzustellen: Der größte bekannte Müllstrudel ist der »Great Pacific Garbage Patch« im Nord-Pazifik. Er wurde 1997 entdeckt und hat die Größe von Mitteleuropa.

Weiter so ist keine Lösung

Die weltweite Plastikproduktion nahm in den letzten Jahrzehnten drastisch zu.

Man geht davon aus, dass weltweit der Plastikmüll im Meer zu ca. 80 Prozent vom Land stammt und zu 20 Prozent durch direkte Entsorgung auf hoher See. Man geht davon aus, dass bis zu 13 Millionen Tonnen Plastikabfälle jährlich ins Meer gelangen. Der Weg führt über Bäche und Flüsse, aber auch durch Wind, Sturmfluten oder Hochwasser von Land aus ins Meer. Laut Schätzungen haben sich dort bereits mindestens 150 Millionen Tonnen angesammelt.

Wenn jetzt die Plastikvermüllung nicht eingedämmt wird, schwimmen bald mehr Plastikbestandteile im Meer als Fische. Laut Umweltbundesamt kann die Zersetzungszeit der Kunststoffe in Abhängigkeit von verschiedenen Umweltfaktoren bis zu 600 Jahre

betragen, wobei man selbst dann nicht von einem vollständigen Abbau sprechen kann. Tatsächlich werden die Plastikteile hauptsächlich durch mechanische Bearbeitung immer kleiner.

Produkt	Abbauzeit
Angelschnur	600 Jahre
Wegwerfwindel	450 Jahre
Plastikflasche	450 Jahre
Aludose	200 Jahre
Getränkedose	200 Jahre
Styroporbecher	50 Jahre
Schaumstoffboje	50 Jahre
Plastiktüte	10–20 Jahre
Zigarettenkippen	1–5 Jahre
Wollsocken	1–5 Jahre
Sperrholz	1–3 Jahre
Baumwollshirt	2–5 Monate
Milchkarton	3 Monate
Pappkarton	2 Monate
Apfelgehäuse	2 Monate
Zeitung	6 Wochen

Auch in Europa gibt es erste richtige Schritte: Schweden verbannt Mikroplastik aus Kosmetika, die EU Plastikhalme und Einweggeschirr und stärkt die Mehrwegquote. Der Handel bemüht sich, Plastiktüten zu verbannen.

In Deutschland werden Veränderungen bei Umweltproblemen sehr häufig auf freiwilliger Basis eingefordert. Dies hat sich über mehrere Jahre nicht bewährt. Insofern begrüßen wir die Gesetzesinitiative der EU, der noch weitere Schritte folgen müssen. Jeder kann etwas zur Lösung dieses Problems beitragen. Man muss manchmal dazu bereit sein, aus seiner gewohnten Bequemlichkeit auszubrechen:

- Korb oder Stoffbeutel zum Einkaufen mitnehmen statt Plastiktüten kaufen.

- Wiederverwendbare Trinkflasche einpacken statt immer neue Plastikflaschen kaufen.
- Kosmetika auf Inhaltsstoffe checken und Produkte mit Mikroplastik vermeiden.
- Den Kaffee lieber in Ruhe im Café trinken oder wenn unterwegs, dann aus einem Thermobecher.

Das Entscheidende ist jedoch: Die Rahmenbedingungen müssen sich endlich ändern!

Mehrwegverpackungen bevorzugen

Um die Plastikflut einzudämmen muss für unvermeidbare Verpackungen die Kreislaufwirtschaft gestärkt werden. Ziel muss es sein, spätestens ab 2030 alle Verpackungen und sonstige Kunststoffprodukte vollständig im Kreislauf zu führen.

Kein Plastik in Wegwerfartikeln

Plastik ist für viele Bereiche ein sinnvoller Werkstoff. Wenn aber auf Langlebigkeit und Haltbarkeit getrimmte Stoffe auf Basis fossiler Rohstoffe nur für wenige Sekunden im Einsatz sind, um dann in den Müll geworfen zu werden, ist das Irrsinn. Die EU-Kommission hat die Zeichen der Zeit erkannt und will die wachsende Plastikflut in Europa eindämmen. Sie hat einen Entwurf für eine Richtlinie vorgelegt, durch die bestimmte Produkte wie Plastikgeschirr vom Markt verschwinden sollen. Es werden Minderungsziele und Quoten gefordert, nur noch recyclingfähiges Plastik soll zum Einsatz kommen. Die Richtung stimmt, aber das Problem sitzt noch tiefer.

Plastik hat keinen Wert?

Auch wenn Verbote für besonders unsinnige und umweltschädigende Produkte sinnvoll sind, es müssen weitere Maßnahmen erfolgen. Mehr Mehrweg ist eine weitere wichtige Stellschraube. Dafür brauchen wir Anreize, denn Einwegplastik ist schlicht und einfach zu billig. Dabei sind die fossilen Quellen endlich. Wir wollen dem Plastik den Wert geben, den es verdient. Die Verbrennung darf nicht weiter von der Energiesteuer befreit sein und die Einwegnutzung muss verteuert werden. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Europäischen Kommission nach einer Abgabe auf nicht recyceltem Verpackungsplastik. Dies macht Einweg teurer und stärkt den Einsatz von recyceltem Plastik.

Deutschland ist kein Recycling-Weltmeister

In kaum einem EU-Land fällt pro Kopf so viel Verpackungsabfall – gerade auch Plastik – an wie in Deutschland. Laut Umweltbundesamt fielen 2016 fast

220 Kilo Plastikverpackungsmüll pro Kopf und Jahr beim privaten Endverbraucher in Deutschland an. Die Bundesregierung hat sich viel zu lange auf der vermeintlichen Vorreiterrolle des Recyclingweltmeisters ausgeruht. Strategien zur Müllvermeidung und der Ausbau der Recyclingkapazitäten wurden komplett verschlafen. Es ist bezeichnend, dass eine Initiative zur Reduzierung unseres Plastikabfalls nicht aus Berlin, sondern aus Brüssel kommt.

Plastikflut endlich stoppen

Die Bundesregierung sollte sich der Initiative der Kommission endlich anschließen. Sie muss jetzt nachziehen und konsequente Maßnahmen einleiten, um Wegwerfplastik zu vermeiden, Mehrwegverpackungen zu stärken und den Einsatz von recyceltem Kunststoff zu fördern. Denn am Ende brauchen wir weniger und bessere Verpackungsmaterialien, und dazu muss die Bundesregierung vor allem auch die Hersteller in die Pflicht nehmen.

MIKROPLASTIK

Ein besonderes Problem ist das Mikroplastik, also Plastikteile, deren Größe kleiner als fünf Millimeter beträgt. Dieses Mikroplastik wird unter anderem bewusst den Kosmetika beigemischt um einen besseren Reinigungseffekt zu erzeugen. Beispielsweise auch in Zahnpasta.

Der sogenannte Zersetzungsprozess von Plastik ist eigentlich nur eine Zerkleinerung durch mechanische Bearbeitung, z. B. durch Wind und Wellen (beschleunigt durch UV-Strahlung). Es wieder herauszufiltern wird bisher nicht angewendet und ist auch wegen der geringen Größe schwer durchzuführen.

Weitergehende Infos zum Thema Plastik in der Umwelt finden Sie hier:

<https://t1p.de/2akp>

<https://t1p.de/m34c>

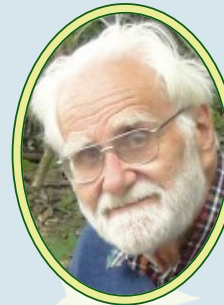


Uwe Buntrock,
Grüne Ratsfraktion Ronnenberg



Friedrich Maage

» Mir sind aus meiner Jugend noch Grenzen und viele Währungen gut in Erinnerung. Jedes Mal wenn ich unterwegs bin, freue ich mich, dass es heute einfacher ist z. B. zu reisen. «



Bernard Klinghammer

» Die Schaffung ähnlicher sozialer, ökologischer und ökonomischer Lebensverhältnisse in Europa ist die beste Friedenssicherung. «



Regina Lupp

» Drängende Probleme wie Klimaschutz, Migration oder der ausufernde Kapitalismus können nicht in nationalen Alleingängen, sondern nur in einer starken, solidarischen europäischen Gemeinschaft effektiv angegangen werden. «



Ksenia Anishchenko

» Was mir an Europa wichtig ist, ist Grenzen für ein vielfältiges Zusammenleben miteinander und nicht nebeneinander zu überwinden, unter den Aspekten der Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität, sowie die ermöglichte Freiheit, Sicherheit und Demokratie. Da Zusammenleben nur mit Zusammenarbeit funktioniert. «



Andreas Beichler

» Demokratie ist ein Kernelement der Europäischen Union. Sie ist in diesen Zeiten längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Dafür müssen wir kämpfen! Darum sind Grüne wichtig für Europa. «



Christine Tröster-Rutzen

» Ich wünsche mir für ein lebendiges Europa konsequenten Klimaschutz sowie die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und Frieden. «



Jörg Rutzen

» Europa in Frieden und Freiheit mit offenen Grenzen ist für mich das Europa, das ich liebe und so erhalten und verbessern will. «



Ruth Wenzel

» Europa heißt für mich Begegnung, wobei wir unsere Verschiedenheiten gegenseitig respektieren auf der Basis von Werten wie Demokratie, Frieden, Teilhabe aller auf Augenhöhe ermöglichen, Erhalt der Lebensgrundlagen. Es ist noch ein langer Weg, für den zu kämpfen sich lohnt. «

EU-Agrarpolitik: Europawahl wird zur Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz

Sven Giegold, Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl: In der letzten Woche hat der Agrarausschuss des Europaparlaments über die Reform der Europäischen Agrarpolitik (GAP) entschieden. Bei dieser Abstimmung hat sich eine ganz Große Koalition aus Konservativen, etlichen Sozialdemokraten und Liberalen jeglicher substanzieller Änderung in der Agrarpolitik verweigert.

So wurden zahlreiche gemeinsame Änderungsanträge von Grünen und Linken durch eine Schwarz-Rot-Gelbe Mehrheit abgelehnt. Bei diesen Anträgen ging es unter anderem um folgendes: Wir wollten den Teil der Direktzahlungen an die Bauern begrenzen, der nur von der Größe der bewirtschafteten Flächen abhängt. Diese Änderung hätte bäuerliche Betriebe gegenüber großen Agrarriesen gestärkt, die zur Zeit 80 Prozent der Direktzahlungen erhalten. Diese Direktzahlungen wollten wir auch an verbindliche Umweltschutzmaßnahmen, wie z. B. der Verringerung des Einsatzes von Pestiziden, koppeln. Das Scheitern dieser Anträge ist angesichts des dramatischen Artensterbens bei Insekten, Vögeln und Co. eine sehr schlechte Nachricht. Das Artensterben steht in direktem Zusammenhang mit massivem Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Während die Bürgerinnen und Bürger in Bayern per Volksbegehren für mehr Artenschutz gesorgt haben, machen Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale im Europaparlament das Gegenteil. Noch ist aber nicht aller Tage Abend. Denn der Beschluss des Agrarausschusses kommt zu spät, um noch vor der Wahl im Europaparlament endgültig beschlossen zu werden. Das heißt, das nächste Europaparlament kann diese Entscheidung schon im Juli revidieren. Mit anderen Worten: Diese Europawahl ist entscheidend für die



FOTO: SIMON RITTER

Sven Giegold: Grüner Spitzenkandidat für die Europawahl am 26. Mai 2019

EU-Agrarpolitik der Zukunft. Entweder die schlechten Zustände in der Agrarpolitik werden zementiert oder wir bringen den Sektor auf einen nachhaltigen Weg. Durch die rückwärtsgewandte Politik einer unheiligen Allianz von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, würde das Artensterben, ungehemmter Pestizideinsatz, Tierleid und Umweltzerstörung weitergehen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben es jetzt in der Hand am 26.5. bei den Europawahlen ihre Stimme für eine andere Form der Landwirtschaft abzugeben. Die Europawahl muss zu einer Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz werden. Denn nur wenn es keine Mehrheit mehr für das Weiter-So im nächsten Europaparlament gibt, haben Bienen, Vögel, Fledermäuse und Co. eine Chance.



FOTO: © COUNTRYPIXEL/STOCK.ADOBE.COM

EUROPAS VERSPRECHEN ERNEUERN!

Das Grüne Europawahlprogramm kompakt

1.

Erhalten, was uns erhält – unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Wir machen die Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiegewinnung werden wir unabhängig von Kohle, Öl und Gas, schützen Klima und Umwelt und schaffen nachhaltige Jobs. Dem Artensterben müssen wir konsequent begegnen!

2.

Stärken, was uns zusammenhält: Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Wir wollen, dass es in Europa fair und gerecht zugeht. Die Europäische Union hat zwar den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert, aber die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb der Länder klaffen auseinander. Wir kämpfen für Wohlstand und Gerechtigkeit für alle. Wir wollen ein Europa, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger investiert – und die Investitionen durch gemeinsame Steuern solidarisch und gerecht finanzieren. Der europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Errungenschaft, aber die Umsetzung seiner Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass Kommunen zum Beispiel zur Privatisierung der öffentlichen Güter gezwungen werden.

3.

Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Wir verteidigen Europas Werte: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Wenn nationale Regierungen Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten und die Unabhängigkeit von Justiz oder Medien in Frage stellen, stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Hasskommentare im Internet wollen wir EU-weit unter Strafe stellen. Damit das Sterben auf dem Mittelmeer ein Ende findet, schaffen wir legale Fluchtwege und beschließen ein Einwanderungsgesetz.

4.

Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

Frieden, Menschenrechte und das Völkerrecht sind für uns die Maßstäbe europäischer Außenpolitik. Die EU muss sich angesichts einer internationalen Staatenordnung, die sich im Umbruch befindet, neu beweisen. Es kommt jetzt mehr denn je auf eine einheitliche und klar friedensorientierte europäische Außenpolitik an. Dafür muss die EU ihr politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen und so Frieden und Sicherheit in ihrer Nachbarschaft ermöglichen.

5.

Voranbringen, was uns voranbringt: Innovation, Bildung und Kultur

Der wissenschaftliche und technische Fortschritt greift immer tiefer in unsere Leben ein. Diese Veränderungen wollen wir entlang der europäischen Werte gestalten. Das bedeutet, die digitale Welt mit Regeln zu zivilisieren und gleichzeitig die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. So wollen wir ein Forschungsprogramm auflegen, das neue Ideen und Zukunftstechnologien schneller zur Marktreife führt und den Technologietransfer in die Praxis beschleunigt. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern. Das Erasmus-Programm bauen wir aus, damit Europa für mehr junge Menschen erlebbar wird – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und der Schule, die sie besuchen.